Kleine Ursache, grosse Wirkungen

Autor(en): **Reventlow, Rolf**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **57 (1978)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-347561

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Rolf Reventlow

Kleine Ursache, grosse Wirkungen

Kommentar zur politischen Lage in der BRD

Die kleinste – aber politisch weit über ihren parlamentarischen Einflussbereich hinaus wirksame – politische Gruppe der Bundesrepublik ist zweifelsfrei die der Freien Demokraten, die sich selbst als die Bannerträger des Liberalismus verstehen. Das erklärt wohl auch die fast totale Niederlagenstimmung der Liberalen nach den Landtagswahlen im Stadtstaat Hamburg und im – nahegelegenen – Niedersachsen. Wie bekannt, blieben die Freien Demokraten bei beiden Wahlen unterhalb der 5-Prozent-Klausel und sind daher weder im niedersächsischen Landtag noch in der Hamburgischen Bürgerschaft vertreten. Da aber gleichzeitig die Sozialdemokraten in Hamburg durch einen Zuwachs von 6,6 Prozent Stimmen die – bereits früher innegehabte – absolute Mehrheit wiedergewannen, verändert sich das lokale politische Bild nicht. Die Liberalen allerdings sind, wie man sich populär auszudrücken pflegt, «weg vom Fenster», in den luftleeren Raum der Mandatslosigkeit gedrängt. In Niedersachsen sieht es etwas anders aus. Hier liessen die Liberalen mitten in der Legislaturperiode die SPD im Stich. Bei einem altersbedingten Rücktritt des Regierungschefs gab es plötzlich Überläufer-Stimmen für die CDU und bald darauf eine Koalition zwischen der CDU mit der FDP mit einigen Klauseln, die der FDP einen gewissen eigenständigen Einfluss auf die Zusammensetzung des Bundesrates – der nach einem gewissen, nach Ländern fix abgestimmten, zweiten Kammer – reservierte. Nicht alle Gesetze sind im Bundesrat zustimmungspflichtig. Aber die Schlüsselverteilung der Mandate in diesem Bundesrat gibt der christdemokratischen Minderheit im Bundestag zunehmend die Möglichkeit, der bundestagschristdemokratischen Minderheit, die Gesetzgebungsarbeit der sozial-liberalen Koalition zu erschweren.

Nicht unmittelbar mit diesen – sehr spektakulären – liberalen Wahlniederlagen zusammenhängend war dann die plötzliche Demission des FDP-Innenministers Maihofer. Der professorale Minister fühlte sich von dem sogenannten Höcherl-Bericht tangiert, der sich mit Pannen in der nordrhein-westfälischen Polizei beschäftigte, die anlässlich der Fahndung nach den Banditen passiert sind, die im Fall Hans-Martin Schleyer offenbar passiert sind. Unter den verschiedentlichen Affären, die Maihofer passiert sind, ist dies nicht der überzeugendste Fall, in dem sich offenbar erwies, dass der Innenminister die ihm unterstellten Behörden nicht unbedingt in der Hand hatte. Der Fall des Atomwissenschaftlers Traub, der Objekt einer ausserhalb der Legalität vorgenommenen Abhöraktion wurde oder die zwielichtigen Erklärungen über die Überwachung von Reisenden in die DDR waren zweifelsohne politisch angreifbarer als die Fehler eini-

ger Polizisten, eine verdächtige Wohnung nicht hinreichend kontrolliert zu haben.

Die Panik in der FDP anlässlich der Niederlage in Niedersachsen und Hamburg hat zweifelsohne entscheidend zu der Demission Maihofers beigetragen. Er fühlte sich von seinen eigenen Parteifreunden verlassen. Er war – darüber bestand kein Zweifel – verbittert, insbesondere über die Kritik aus den eigenen Reihen und wohl auch über den geringen Rückhalt, den er in den kritischen Tagen nach den Wahlen in den beiden nördlichen Bundesländern bei dem Vorsitzenden der F.D.H. Genscher fand. Es ist symptomatisch, dass der Justizminister von Nordrhein-Westfalen, der auch der FDP angehört und der von der Schleyer-Panne nicht minder betroffen ist, von den Instanzen der SPD und der FDP in diesem Lande restlos gedeckt wird. Man muss sich immerhin daran erinnern, dass der ehemalige Innenminister (der CDU) Höcherl dieser Eigenschaft auch in eine ähnliche Angelegenheit verwickelt war, die ihn zu dem klassischen Ausspruch veranlasste, er könne doch nicht den ganzen Tag mit der Bundesverfassung unter dem Arm herumlaufen. Allerdings, das Rücktrittsgesuch Maihofers wurde sicherlich von der Niederlagenstimmung beeinflusst, die sich nach den Wahlniederlagen der FDP in Hamburg und Niedersachsen auch in den beiden regierenden Bundesparteien bemerkbar machte. Es ist zweifelsfrei, dass beide Ereignisse, die Wahlen in den beiden nördlichen Ländern und die überstürzte Demission Maihofers, eine neue Lage geschaffen haben, hüben wie drüben. Bei der sozial-liberalen Koalition zeichnet sich die Furcht ab, mit der FDP den Rückhalt zu verlieren, den die Koalition durch die Beteiligung der FDP erfährt. Dem hilft auch der schnelle Ministerwechsel und das gute Renommee des ehemaligen Unterstaatssekretärs und nunmehrigen Innenministers Baum nicht ab. Andererseits sind aber die christdemokratischen Spekulationen nicht mehr schlüssig, die FDP zu den beiden Unionsparteien herüberzuziehen, die der Oppositionsführer Kohl allzuoft und allzu laut verkündete. Langfristig ist die SPD darauf angewiesen, in den kommenden Bundestagswahlen im übernächsten Jahr die absolute Mehrheit zu erringen, um ihre Politik der Entspannung im internationalen Bereich und der Wahrung des sozialen Besitzstandes im Inneren halten zu können. Es ist schwer, wenn nicht unmöglich, derzeit über diese Möglichkeit Berechnungen anzustellen. Der Hamburger Wahlausgang und die Gemeindewahlen vom vergangenen Oktober im benachbarten Schleswig-Holstein lassen vorsichtigen Optimismus zu. Aber die Lage in den einzelnen Bundesländern ist überaus verschieden. Was Schleswig-Holstein anbelangt, so hat die derzeit christdemokratische Landesregierung ein gewagtes Experiment unternommen. Sie kündigte den Staatsvertrag mit Hamburg und Niedersachsen, der das Fundament für den Norddeutschen Rundfunk bildet. Das lauthals verkündete Ziel des Ministerpräsidenten Stoltenberg ist eine weitgehende Rechtsorientierung von Rundfunk und Fernsehen, möglicherweise eine Art Staatsrundfunk für Schleswig-Holstein. Der

allerdings stösst vermutlich auf Bedenken des Bundesverfassungsgerichts, das vor Jahr und Tag feststellte, die Medien der Ätherwellen müssten von den machtpolitischen Instanzen der Länder- oder der Bundesregierungen frei sein. Die Regierung des Herrn Stoltenberg stützt sich auf eine Mehrheit von einer Stimme. Und die Sozialdemokraten erzielten bei den letzten Gemeindewahlen sieben Prozent Zuwachs.

So günstig sehen die Wahlaussichten im Südwestland Baden-Württemberg nicht aus. Immerhin ist die bislang unangefochtene Position des Ministerpräsidenten Filbinger derzeit nicht mehr so unbestritten wie ehedem. Die Auseinandersetzung mit dem Schriftsteller Rolf Hochhut, der die Vergangenheit Filbingers als Marinerichter in der Phase des Zusammenbruchs des Dritten Reichs aufrollte und dann sogar aus den Reihen der CDU bestätigt bekam, dass der so demokratisch tuende Ministerpräsident in jungen Jahren ein aktives Mitglied des SA-Sturms seiner Universität war und seine Einwände, er habe als Marinerichter nicht anders handeln können, als gegen den Matrosen Gröger das Todesurteil zu fordern und bei der Exekution anwesend zu sein, fragwürdig erscheinen. Ob sich aus diesem Fall eine Krise der CDU entwickelt, erscheint noch nicht sicher, ist aber möglich.